

Der westdeutsche „Zentrale Ausschuß der Landbevölkerung gegen Atomtod“ erklärte sich in einem Aufruf an die Landbevölkerung gegen Atomrüstung und für einen Friedensvertrag, eine Politik der Verständigung und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone. In dem Appell heißt es: „Die Anlegung von Abschußbasen für Atomsprengköpfe tragende Raketen und der Ankauf von Raketen in den USA bedeuten eine grobe Mißachtung des Willens der Bevölkerung der Bundesrepublik, die in ihrer großen Mehrheit die Atomrüstung grundsätzlich verneint. Wir Vertreter der Landbevölkerung, die wir viele Menschen ehrlichen Willens des Landvolkes vertreten, betrachten die Atomrüstung als im Widerspruch zu einer heute dringend notwendigen Politik der Abrüstung, der Verständigung und des Friedens stehend.“

Die westdeutschen Militaristen reden gern über Demokratie. Zur Vorbereitung unserer Konferenz hat in der Deutschen Demokratischen Republik eine große Aussprache über die veröffentlichten Thesen des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stattgefunden. Die in diesen Versammlungen gewählten Vertreter der Bauern beraten hier auf unserer Konferenz gemeinsam mit der Regierung, wie das Programm für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft aussehen soll. Von hier werden die Delegierten in die Dörfer gehen und aktiv mit allen Bauern und mit der ganzen Dorfbevölkerung die Durchführung dieses Programms organisieren. Wir verstehen unter Demokratie also, daß das ganze Volk die Pläne mit ausarbeitet und Partei, Staatsmacht und die ganze Bevölkerung dann gemeinsam an der Durchführung des Programms arbeiten.

Die Bonner Regierung hat generell verboten, daß die westdeutsche Bevölkerung über das Programm der Atomrüstung befragt wird. Zum Grünen Plan, der ein Teil des NATO-Programms ist, konnte kein Bauer seine Meinung sagen. Was ist das für eine Demokratie, wenn über die Zukunft der Bauern entschieden wird, ohne daß sie dazu irgend etwas sagen dürfen? Es ist doch klar, Herr Adenauer kann seine Pläne nicht mit dem Volk beraten, weil sie gegen die Interessen des Volkes gerichtet sind und von den breitesten Bevölkerungsschichten abgelehnt werden.

Die westdeutschen CDU-Politiker geben sich große Mühe, mit allerhand Schauermärchen über den sozialistischen Aufbau in unseren Dörfern den westdeutschen Bauern Angst vor der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik einzuflößen. Die Adenauer-Leute hoffen, auf diese Weise in den westdeutschen Dörfern so viel Verwirrung zu schaffen, daß die Bauern bei der ganzen Atomkriegspolitik und der Politik des Strukturwandels stillhalten.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Adenauer-Politik auch damit Schiffbruch erleiden wird. Viele westdeutsche Bauern werden in die DDR kommen, werden sich hier mit ihren Berufskollegen beraten und werden sehen, daß es in unseren Dörfern mit dem Aufbau der LPG allen Bauern viel besser geht. Wir vertrauen völlig darauf, daß die Bauern praktische Menschen sind und selbst beurteilen können, was für sie richtig ist.

Viel überholter als die landwirtschaftliche Betriebsstruktur ist in Westdeutschland der Militarismus. Er ist eine große Gefahr für unser ganzes Volk. Deshalb kommt es jetzt darauf an, daß sich alle Bauern in Westdeutschland mit der Arbeiterklasse und mit den fortschrittlichen Vertretern aller Bevölkerungsschichten verbinden, um **den Kampf gegen die Atomrüstung, für Frie-**